

DIE DEMOKRATIE IN DEN AUGEN EINES ANBETERS: HEILIG

Teil 2

(Zum besseren Verständnis: Die *zitierten* Absätze sind kursiv, die Kommentare nicht.)

Kritik – an der Demokratie – muß konstruktiv sein!

Gar nichts habe ich gegen eine – zumindest halbwegs – fundierte Kritik an Demokratien, demokratischen Einrichtungen, Verfassungsgesetzen, Wahlgesetzen und mehr. Von mir aus soll ruhig einer die Tatsache bemaengeln, dass z.B. so mancher arme Afghane fuer die Stimmabgabe "gezwungen" war, zig-Kilometer auf einem Esel zu reiten. Aber das, was der Gegenstandspunkt von sich gegeben hat, war keine "Kritik", sondern oberflaechlich pauschalisierendes Geschwaetz.

Es war für T.H. offenbar eine neue Erfahrung, von der er sich noch immer nicht erholt hat: Eine fundierte *Kritik* kann doch tatsächlich eine *begründete Absage* an ihr Objekt formulieren! Wer hätte das gedacht! Zugegeben, das widerspricht dem gängigen Dogma, wonach Kritik zwangsläufig *konstruktiv* zu sein hätte, also vor allem von der *Sorge* um ihre Zielscheibe getrieben sein müßte und daher nur Verbesserungsvorschläge abzuliefern hätte. Allerdings – so lückenlos wird dies Dogma auch wieder nicht vertreten, nicht von T.H. und nicht von den gleichgesinnten Moderatoren der öffentlichen demokratischen Gesinnungswirtschaft: Weder gegenüber dem abgewickelten realen Sozialismus noch, sagen wir mal, aktuell gegenüber dem islamischen Fundamentalismus war das dogmatische Verlangen nach ausschließlich konstruktiver Kritik ein grassierendes. Der Imperativ, man dürfe die genannten Positionen höchstens kritisieren, um ihnen weiter zu helfen, wurde nirgends vernommen! Diese Pflicht zur unbedingten Parteilichkeit, zur bedingungslosen Treue, die gilt nur gegenüber „unserer“ Staatsform. So möchte die freieste aller möglichen Ordnungen, sehr dogmatisch, das unbedingte und unbeirrbar Bekenntnis zu ihr zur Diskussionsgrundlage erheben. Die kritische Haltung in diesem Sinn – hundertfünfzigprozentig dafür und deswegen jederzeit bereit, ja geradezu verpflichtet, Kleinigkeiten zu bekritteln – die ist in der Tat weit verbreitet, wenn nicht die Manier des *Mitmachens* schlechthin. Die Demokratie erwartet von ihren Mitläufern, dass sie beim Mitmachen meckern, und stellt zu diesem Zweck eigene Abteilungen in ihrem Herrschaftsgefüge zur Verfügung, eine komplette *Öffentlichkeit* und die sogenannte(n) *Oppositionspartei(en)*. Die sind daher nicht, wie es das Fremdwort nahelegt, *dagegen* – die möchten bloß selber drankommen.

Kannitverstan! – Wieso dann unangenehm berührt?

Ein paar Bemerkungen zur "methodischen" Analyse des Gegenstandspunktes: Meistens handelt es sich um pauschale Saetze mit ideologischer "Belehrung", selbstverstaendlich allgemein und fuer immer und alle Ewigkeiten ueberall gueltig:

"...im Wahlakt leistet (sich) der muendige Staatsbuenger turnusmaessig einen Offenbarungseid: Er tritt seinen politischen Willen ab ... dass Gesellschaft nur geht mit ordentlicher Herrschaft und funktionierenden Untertanen ... denn jeder politische Wille, sofern vorhanden, wird von vornherein und blanko an die Gewaehlten abgetreten ... Durch das Verfahren ist sichergestellt, dass sich kein Buerger, selbst wenn er wollte, in das Metier der Politik einmischen kann ..."

und so weiter und so fort. Was soll das? Was lernen wir daraus? Nichts! Denn solche Saetze haben keine Bedeutung. Sie sind so allgemein, dass sie alles und nichts aussagen.

Wenn die „Sätze keine Bedeutung“ haben bzw. „alles und nichts“ aussagen, *worüber* regt sich T.H. dann eigentlich auf? Über nichts und wieder nichts? Offenbar hat er die Kritik an der Demokratie schon herausgehört. Die Bemerkungen betreffen übrigens den *Wahlakt*, wie T.H. sogar zitiert, sind also in Bezug darauf *gültig*, und nicht auf „immer und alle Ewigkeiten“ gemünzt.

Wenn wir mental imstande sind, sie überhaupt *zur Kenntnis zu nehmen*, dann können wir „daraus lernen“, dass der Gegenstandspunkt *nicht* der gängigen Meinung ist, wonach in der Demokratie die politische Willensbildung von „unten“ nach „oben“ verläuft, indem die Wähler den Gewählten Aufträge erteilen. Der „Wahlakt“, so die Behauptung, läßt das gar nicht zu: Indem der Wähler die Partei ankreuzt, von der er gern regiert werden möchte, erteilt er seine ausdrückliche Zustimmung dazu, regiert zu werden, von den Parteien, die halt die Mehrheit der Mandate erreichen. Die

Gewählten regieren dann, wie sie es für nötig halten, und sie sind dabei noch nicht einmal an die eigenen Wahlversprechen gebunden, wie man sich erinnert. Dieses Prinzip der *Freiheit* der Regierenden gründet im sog. „freien Mandat“ der Gewählten. In der österreichischen Verfassung lautet die Formulierung: „Die Mitglieder des Nationalrates und die Mitglieder des Bundesrates sind bei der Ausübung dieses Berufes an keinen Auftrag gebunden.“ (Bundes-Verfassungsgesetz, Art. 56)

Lebendige Erinnerung an den Kommunismus: Erdbeere und Hinrichtung

In seiner Replik nimmt sich der Gegenstandpunkt einzelne Sätze heraus und funktioniert sie zu Argumenten um, die ich gar nicht geschrieben habe ("Die Demokratie ist...eine heilige Kuh"). Was ist das für eine Art "Kultur", falls man das so nennen kann? Erinnert es nicht an Systeme wie das kommunistische, wo einer, bei dem man vielleicht eine Erdbeere in der Tasche fand, zum CIA-Spion erklärt und der ohne Gerichtsverfahren hingerichtet wurde? Das sind Methoden einer Art "paranoiden Verdrehung" der Wirklichkeit ("...sobald er Ketzerei wahrnimmt...") und banalisierenden Pauschalisierung, wie es auch die Rechtsradikalen machen. Ausserdem faellt auf, dass sich der Gegenstandpunkt in seiner Replik in nicht ganz unähnlicher Art und Weise zu einem armen Opferlämmchen ("Kritikverbot") erklärt wie das Joerg Haider immer wieder getan hat. Also, ich bin ganz sicher kein "Anbeter"! Weder von der (österreichischen) "Demokratie" noch vom neuen Papst!

Nun, eine *Diskussion* besteht nun einmal nicht darin, dass man die Auffassungen, die man kritisiert, bloß *wiederholt* – das tut T.H. in seiner Kritik auch nicht, und das macht auch nichts. Der Hinweis, die Demokratie sei für ihn eine „heilige Kuh“, ist allgemein ersichtlich ein *Kommentar* zu seinen Auffassungen und soll gar keine schlichte Wiederholung dessen sein, was er geschrieben hat. Das ist für jeden Leser problemlos kenntlich, das diesbezügliche Dementi daher überflüssig, ihm wurde diese Behauptung gar nicht unterstellt. Wenn *er* sich nun erstens theatralisch einbilden will, ihm sei die Bemerkung von der „heiligen Kuh“ untergejubelt worden, und *ihn* das zweitens an ein „System“ „erinnert“ (sic!), wo man „ohne Gerichtsverfahren“ (pfui!) hingerichtet wurde, womit er sich drittens als armes Opferlamm einer eingebildeten Exekution darstellen möchte – dann liegt das an seinem Weltbild und an seiner Unfähigkeit zu argumentieren. Da können weder die Erdbeeren noch der Gegenstandpunkt noch der Kommunismus etwas dafür: „Das sind Methoden einer Art "paranoiden Verdrehung" der Wirklichkeit.“ Gut gesagt!

(Wenn er sich außerdem als Nicht-Anbeter der ausdrücklich erwähnten *österreichischen* Demokratie unter Anführungszeichen outet, dann ist man natürlich schon versucht zu fragen, welcher Variante von Demokratie denn nun seine Gebete gelten. Übrigens: Wer ein versuchtes „Kritikverbot“ konstatiert, wird dadurch noch lange nicht zu einem „Opfer“; das sind zwei sehr verschiedene Sachen. Man muß sich ja nicht daran halten.)

Endlich zum Thema: DEMOKRATIE und HERRSCHAFT

"Demokratie ist das Mittel der Herrschaft" schreibt der Gegenstandpunkt. Das ist nichts als ein voellig bedeutungsloser, dumm verallgemeinernder Satz, der erstens die Bedeutung des Wortes "Demokratie" verkennt und zweitens die Tatsache, dass die Demokratie ja kein "Mittel" der "Herrschaft" sein KANN. Man koennte – genauer – sagen, dass es in der Demokratie "Gruppen, Konzerne, ..." gibt, die "in" der Demokratie "Moeglichkeiten nutzen" um Herrschaft auszuueben. Ich lade auch dazu ein, konkret solche Leute, Konzerne zu benennen und ihnen e-mails zu schreiben, aber: Was hat das mit "Demokratie" zu tun? Der Gegenstandpunkt muesste erst den Beweis dafuer erbringen, dass die gleichen Gruppen, Konzerne ... nicht auch in undemokratischen Systemen existieren und dort andere, bessere "Moeglichkeiten" nutzen koennten.

Die *Bedeutung* des Wortes „Volks-Herrschaft“ hält zumindest die *Existenz von Herrschaft* fest. Die Abwesenheit von Herrschaft wird durch die Zusammensetzung „demos-kratos“ gerade nicht formuliert. Es wird darin als das Subjekt der Herrschaft das *Volk* benannt, und das ist erklärungsbedürftig. Wenn das Volk herrscht, *worüber* herrscht es denn dann? Und wer wird beherrscht? Wie allgemein bekannt, *herrschen* in der Demokratie Parlament und Regierung, indem sie Gesetzbücher machen, die für die gesamte Gemeinde gelten, wobei Zuwiderhandlung bestraft wird. Diese Instanzen sind aber so höflich, das von ihnen regierte Volk als den eigentlichen Souverän und Auftraggeber ihres Wirkens vorstellig zu machen, von dem die „Macht“ „*ausgeht*“,

wie das in der österreichischen Verfassung so schön heißt – jene Macht, die nie mehr zurückkommt und dauerhaft bei den genannten Organen verbleibt. Die Auflösung des Widerspruchs, dass Herrscher und Beherrschte *identisch* sein sollen – aber ohne dass sich die Herrschaft verflüchtigt, überflüssig wird! –, die liegt darin, dass die *Herrschaft von den Untertanen gewollt* wird, dass die Beherrschten also dafür sind, von einer Instanz, die alle Gewalt bei sich monopolisiert, Vorschriften aufgedrückt zu kriegen. (*Warum* dem so ist, ist eine andere Frage: Die Regierten müssen sich zu dem Fehler vorarbeiten, den nationalen Kapitalismus und die Klassengesellschaft, den modernen „Standort“ also als ihren *gemeinsamen Besitzstand* zu betrachten, der eine starke obrigkeitliche Hand braucht. Und indem die Untertanen periodisch bei Wahlen die Machthaber ausdrücklich *ermächtigen*, lernen wir schon in der Schule, dass im Fall der Demokratie von „Herrschaft“ eigentlich nicht mehr gesprochen werden kann.)

T.H. will nicht weltfremd wirken, er konzidiert, dass es „in der Demokratie“ „Gruppen, Konzerne“ geben mag, die womöglich *Herrschaft* ausüben – und dann folgt ein bizarres „Argument“: Das kann mit Demokratie nichts zu tun haben, das kann man der Demokratie nicht ankreiden – es sei denn, man könnte „nachweisen“, dass jene Subjekte *nicht* auch in *nicht*-demokratischen Systemen existieren und noch besser dran wären?! Jenseits der diffusen Gedankenfigur: Wenn in der Demokratie *und auch in anderen Systemen* gleichermaßen Herrschaft stattfindet, ist doch nur gesagt, dass die Demokratie und die anderen Systeme etwas gemeinsam haben, das dann eben allen vorzuwerfen ist. Der leicht dadaistische Zwischenschritt – „Ich lade auch dazu ein, konkret solche Leute, Konzerne zu benennen und ihnen e-mails zu schreiben“ – hat auch viel mit Demokratie zu tun: Mit der Wahnvorstellung, man könnte und sollte mit Machthabern von gleich zu gleich im Diskurs verkehren.

Der Gegenstandspunkt widerspricht sich selbst, wenn er andauernd von den in Demokratien(?) – "beherrschten Untertanen" spricht, weil gerade die angesprochenen Wahlen in Afghanistan und der Ukraine die allerallerersten Schritte sind, dass die afghanischen Untertanen von der Feudalherrschaft, auch der der Taliban, und die ukrainischen Untertanen von der Herrschaft der russischen Zentralbuerokratie loskommen. Der Gegenstandspunkt bekaempft also seine eigenen Ansichten!!! Und das soll ich ernst nehmen?

Es macht sich bei T.H. wieder eine hochgradige Lese- bzw. Gedächtnisschwäche bemerkbar: Der Gegenstandspunkt hat nie behauptet, die Leute in Afghanistan und in der Ukraine wären neulich ausgerechnet über die Wahlen die *Herrschaft über sich* und damit ihre Stellung als *Untertanen* losgeworden oder sie hätten immerhin einen ersten Schritt dazu getan; da will jemand offenbar dem Gegenstandspunkt *seine* Ansichten unterjubeln, um dann großspurig einen „Widerspruch“ zu konstruieren. Die Leute in Afghanistan sind per Bombenkrieg die Herrschaft der Taliban losgeworden und der Herrschaft eines Ami-Statthalters unterstellt worden, der sich ohne US-Armee schätzungsweise gerade noch zehn Minuten an der Macht halten könnte; und den durften sie anschließend sogar wählen. In der Ukraine ist den USA und der EU der von ihnen betriebene „Regimewechsel“ sogar ohne Krieg gelungen. Das ist alles. (So der offizielle Fachausdruck: Die Betonung liegt auf *Regime*-Wechsel – Alt-Herrschaft weg, Neu-Herrschaft da!)

Frau wählt und hat dadurch nichts zu melden (1): Schlimm, platt, Spucke weg! Erkämpft!

"Frau entscheidet im Wahlakt ueber kein einziges Moment ihrer Lebensumstaende, weder ueber Lohn noch Pension, noch ueber Preise und Einkommen, auch nicht ueber Teilzeit- oder Vollerwerbstaetigkeit, nicht ueber Kindergeld oder Ehe- bzw. Scheidungsrecht, natuerlich erst recht nicht ueber Krieg und Frieden und so Zeug."

Dieser Passus ist noch schlimmer! So platt, dass einem die Spucke wegbleibt. Wenn ich nur daran denke, wie lange und hart die Frauen z.B. in Grossbritannien fuer ihr Wahlrecht gekaempft haben. Was versteht der Gegenstandspunkt ueberhaupt unter einem "Wahlakt" (siehe oben...)? Hat er sich mit irgendwelchen Wahlgesetzen auseinandergesetzt? Weiss er, wie Mandate berechnet und vergeben werden? Wie sich eine Regierung bildet? Weiss er, dass das in jeder Demokratie ziemlich anders ist? Hat er auch nur den kleinsten Schimmer ueber Bundes-, Landes- und Gemeindegesetze und Verteilung von Kompetenzen und Finanzen?

Der Hinweis, dass für das Wahlrecht gekämpft wurde, bezieht sich auf dessen *Durchsetzung*, er weicht dem Streit darüber, *wofür* da gekämpft wurde, ein wenig aus. Die Hypothese, wonach der

praktische, kämpferische Einsatz für eine Sache deren *Nutzen für die Kämpfer* unwidersprechlich beweist, die stimmt halt nicht. Zum historischen Durchbruch des Wahlrechts hat übrigens das Benehmen der arbeitenden Klassen während des Ersten Weltkriegs entscheidend beigetragen: Die Proletarier aller beteiligten Länder hatten *nicht für sich, sondern* an den diversen Fronten lang und hart für ihre Vaterländer *gekämpft*, sich beim wechselseitigen Umbringen verheizen lassen und darüber bewiesen, dass auf sie Verlaß war, dass sie gar nicht die vaterlandslosen Typen waren, als die sie von der kommunistischen Arbeiterbewegung gezeichnet wurden. Dafür wurden sie in manchen Ländern gewissermaßen mit dem Wahlrecht „belohnt“. (Welche Staaten fallen da drunter? Wer es für wichtig hält, möge sich informieren. Und, jawohl, es gibt verschiedene Methoden, Stimmen zusammenzuzählen und in Mandate umzurechnen. Die Kompetenzverteilung auf Gebietskörperschaften ist ebenfalls national verschieden. Da ändert aber auch nichts an der Entscheidung, die der Wähler trifft, wenn er sein Kreuz macht.)

Frau wählt und hat dadurch nichts zu melden (2): Gut so! Wahl ist Fremdbestimmung!

Warum, zum Teufel, sollte die Frau im "Wahlakt" ueber ihre "Lebensumstaende" abstimmen? Ueber die soll sie doch selbst entscheiden, oder? Ob sie lieber in der Stadt oder am Land lebt? Einen grossen oder kleinen Mann liebt? Kinder hat? Lieber in einer Baeckerei oder in einem Restaurant arbeitet? Also bitte, ich persoendlich haette absolut keine Lust, dass irgendeine Partei mir vorschreibt, ob ich jetzt halbtags oder ganztags arbeiten gehen moechte. Das will ich selbst entscheiden! Und tu ich uebrigens auch!

Die Wahl ist also die Zustimmung zur Fremdbestimmung. Wer wählt, ermächtigt in der Tat „irgendeine Partei“, ihm Vorschriften zu machen, und zwar über alle Materien, die der Gesetzgeber für relevant hält. Stimmt auffallend; Glückwunsch! Und wen frau liebt, bleibt tatsächlich ihr überlassen. Aber über alle Pflichten, die der Gesetzgeber an Liebe, Beziehung, Ehe und Nachwuchs knüpfen will, ist längst entschieden, bevor sie sich verliebt. Den Zwang, eine bestimmte Arbeit zu verrichten, kennt die Demokratie nicht. Der wäre kontraproduktiv für die Tugend der „Flexibilität“. Dafür kennt sie den flächendeckenden Zwang zum Geldverdienen, der wird durch die erdemokratische Einrichtung des Eigentums und durch die demokratische Verpflichtung auf ein gesetzliches Zahlungsmittel eingerichtet. Auf Basis dieses Zwangs darf sich jeder völlig frei genau den Job auswählen, den er gerade findet, sofern ihm einer angeboten wird. Dieser Zwang hat in der vordemokratischen Phase seiner Etablierung die Arbeitskräfte buchstäblich ruiniert – und damit den Nutzen der Benutzer der Arbeitskraft in Frage gestellt. Seither ist die *Arbeitszeit* Gegenstand der Gesetzgebung – durch die diesbezüglichen demokratischen Reformen der letzten Jahre wurde übrigens der klassische Achtstundentag wieder abgeschafft.

Frau wählt und hat dadurch etwas zu melden (3): Negativ! Wahl kann Abwahl sein!

Auf der anderen Seite entscheidet die Frau im Wahlakt sehr wohl ueber manche "Lebensumstaende": Sie kann diejenige Partei waehlen, die ihren Ansichten am besten entspricht. Damit entscheidet sie auch ueber Dinge wie Mindestloehne oder Kindergeld (sollte dafuer am besten FPÖe waehlen!!!) und vieles andere. Aber das Wichtigste – und demokratisch essentielle – am "Wahlakt" ist, dass die Bevoelkerung dort eine Regierung abwaehlen kann. Und das ist nur in einer Demokratie moeglich. Und das passiert auch wie z.B. kuerzlich in Spanien, weil die (konservative) Regierung die Bevoelkerung ueber die Drahtzieher der Attentate von Madrid belogen hatte. Sie kann auch der Regierung das "Regieren" erschweren wie derzeit in Deutschland, wo die SPD-Waehler aus Enttaeuschung darueber, dass die SPD ihre Ideale verraet, bei den Regionalwahlen daheim bleiben.

Nein: Wenn frau Parteien wählt, dann entscheidet Wählerin über gar nichts. „Entscheiden“ – eine beschönigende Bezeichnung für *Regieren* oder *Herrschen* – tun die gewählten Parteien, über Kindergeld ebenso wie allfällige Mindestlöhne. Wenn für T.H. „das Wichtigste – und demokratisch essentielle – am "Wahlakt"“ darin liegt, dass die Bevölkerung zwar über keine einzige Materie positiv bestimmen, aber eine negative Entscheidung *über das Personal* fällen und die Regierung abwählen kann, muß der Vollständigkeit halber erwähnt werden, dass der „Preis“ für diese tolle demokratische Möglichkeit die Machtübernahme durch eine neue Regierung ist – und der steht der Wähler dann genau so ohnmächtig gegenüber wie vorher der abgewählten. In

Nordrhein-Westfalen hat der Wähler in der Tat neulich die SPD-dominierte Regionalregierung abgewählt, und eine CDU-dominierte hingewählt – klar, für die *Machthaber* ist das schon essentiell. Aber darf man fragen, für wen sonst? Wem nützt das? Außer der CDU? Was hat der *Wähler* denn davon? In der Tat, bei den Anhängern der Demokratie gilt das als tolle Sache, aber wo liegt denn nun der Vorteil für den Wähler, wenn sich die Figuren an der Macht abwechseln? Vranitzky – Klima – Schüssel, oder Kohl – Schröder – ev. Merkel, *wieso* ist das eine Errungenschaft und worin besteht sie? Wähler darf seine Enttäuschung über die Machthaber konstruktiv betätigen, so dass sich an den Prinzipien der Machtausübung gerade nichts ändert!

Wähler wählt und hat dadurch nichts zu melden (4): Gut so! Denn Wähler ist für viel staatliche Gewalt!

Das Thema ist also viel komplexer als es sich der Gegenstandspunkt in seinen kühnsten Traeumen erwarten wuerde. Deshalb sind solche Saetze nur idiotisch! Sagen nichts aus, tragen zu nichts bei und verbessern auch nichts! Warum sollte die Bevoelkerung im Wahlakt ueber Krieg und Frieden entscheiden? Also, ich hab nicht soviel Vertrauen in die "Weisheit" der Allgemeinbevoelkerung! Da haetten wir schnell die Todesstrafe. Wie schnell wuerde diese Bevoelkerung die Asylanten abschieben? Wie haette sie in einer Volksabstimmung entschieden als 1990 jugoslawische Militaerflugzeuge die oesterreichische Grenze verletzten, um in Slowenien und Kroatien zu bombardieren. Statistisch gesehen - uebrigens - bringt nur die weitere "Demokratisierung" der Welt etwas, weil noch nie eine Demokratie gegen eine andere Demokratie Krieg gefuehrt hat.

In diesem Passus erwähnt T.H. eine Leistung der Demokratie: *Den geistigen Schulterschluß* von „oben“ und „unten“, indem sich die Wähler die Probleme „ihres“ Staates aufdrängen lassen und zu eigen machen, so dass sie von einem fest überzeugt sind: Von der Notwendigkeit viel staatlicher Gewalt gegen Leute, die ihnen nichts getan haben. Wer sich von „seinen“ *demokratisch gewählten Politikern* über „sein“ Problem mit Asylanten informieren läßt – und ein anderes Asylantenproblem hat kein Österreicher –, der befürwortet deren Abschiebung, auch wenn er noch nie einen gesehen hat, geschweige denn durch Asylanten irgendeinen Schaden erlitten hätte. Und nur wer im Wege der *Identifizierung mit „seinen“ Politikern* und durch die Übernahme von deren Standpunkt längst *geistig* in den jugoslawischen Sezessionskrieg eingemischt ist, nur der hat auch kein Problem mit militärischer Beteiligung – womöglich unter dem Vorwand einer „Grenzverletzung“, die noch nicht einmal als feindlicher Akt gegen Österreich und schon gar nicht gegen ihn persönlich gerichtet ist. Wenn sich nun die wählenden und die gewählten Demokraten mitten in der Demokratie – wo die gewählten Demokraten die Themen vorgeben –, über ihre „gemeinsamen“ Probleme mit Ausländern und Ausländern einig werden, wenn die ausländerfeindlichen Parolen von „oben“ als Echo von „unten“ zurückkommen, wobei die Gewaltbereitschaft steigt und die demokratischen Apparate Polizei und Militär längst in Stellung gegangen sind – dann interpretiert T.H. diesen Schulterschluß auf seine typische Weise: Die Gewaltbereitschaft spricht nicht gegen die Demokratie, die sie bei ihren Bürgern sollizitiert, die spricht bloß gegen die wählenden Demokraten aus der „Allgemeinbevölkerung“.

Was den Scherz – „eine Demokratie hat noch nie gegen eine andere Demokratie Krieg gefuehrt“ – betrifft: Das liegt an den *Feindbildern*, die Demokratien zirkulieren lassen und an die brave Demokraten wie an ein Dogma zu glauben haben: Der böse, von der NATO besiegte Milosevic etwa war von seinen Wählern mindestens so demokratisch legitimiert wie „unser“ damaliger Tudjman in Kroatien, er war sogar wesentlich glaubwürdiger *gewählt* als der Typ, der neulich in Afghanistan von George Bush ausgewählt wurde. „Demokratie“ steht neuerdings eben nicht nur für ein innenpolitisches Verfahren, sondern noch mehr für pro-westliches Vasallentum. Wer sich die Leitlinien seiner Politik nicht in Washington oder Brüssel abholt, kann kein wahrer Demokrat sein, auch wenn er astrein gewählt wurde. Vgl. dazu die Kommentare zum neuen Präsidenten des Iran: Auch der wurde nicht von Washington eingesetzt. Also kann seine Wahl nach – dem iranischen Wahlrecht und nicht nach dem amerikanischen – keine ordentliche gewesen sein.

Wähler wählt und hat dadurch viel zu melden (5): Entscheidet per Umfrage!

Da haben wir sie, die Grundthese des Gegenstandspunktes: Untertaenigster Waehler "identifiziert" sich mit seinem "Regenten". Also, wenn ich daran denke, wie sehr Meinungsumfragen Regierungsentscheidungen beeinflussen oder sogar verhindern (wenn z.B. die franzoesischen

Bauern mit ihren Traktoren drohen), und an Populisten wie Haider, kann ich nur noch lachen: In der modernen Welt sind es die Wähler selbst, die die Parteien vor sich her treiben und deren Programme verwaessern, weil die Parteien nur noch das ins Programm schreiben, was die Mehrheit denkt, um Wahlen zu gewinnen! Aehnlich wie beim Quotenfernsehen!

Ja, die Leseschwäche. Noch einmal und ganz langsam: Der kritische Wähler *identifiziert* sich mit seinem nationalen demokratischen *System* samt Kapitalstandort und beteiligt sich deswegen – saukritisch! – an der Abstimmung über seine *Regenten*. (Das Wort „Regent“ ist übrigens nicht aus der Antwort des Gegenstandspunkt zitiert, wie die Anführungszeichen nahelegen; da hat jemand ein wenig geschummelt.) Wenn der demokratische Schulterschluss von „oben“ und „unten“ funktioniert, *dann* und nur dann stellen sich die Regierenden auch gern als von ihren Wählern *getrieben* dar. Bei anderer Gelegenheit – anlässlich der vom ÖGB organisierten Massendemonstrationen gegen die Pensionsreform in Österreich und während der Proteste gegen die „Hartz-IV-Gesetze“ in Deutschland – betonen die selben Figuren gegen die demonstrierenden Wähler ihren heiligen Wählerauftrag, auch wenn im Wahlkampf von einer Pensionsreform nie die Rede war; sie beteuern ferner glaubwürdig, sich keinesfalls dem „Druck der Straße“ zu beugen. *Meinungsumfragen* werden von Parteien übrigens je nach der Bedarfslage zweckmäßig *in Auftrag gegeben*; damit wird Stimmung gemacht; sie beeinflussen höchstens die *Selbstdarstellung* der Machthaber.

Wähler wählt und hat dadurch viel zu melden (6): Gut so?! Wähler ist jedenfalls Nutznießer!

Ja, warum waehlen Waehler Parteien, die ihnen "schaden"? Stimmt das denn ueberhaupt? Es stimmt nicht!!!! Die Waehler stimmen vielmehr FUEr Parteien, die ihnen NUTZEN und das auch TATSACHLICH tun. Sie stimmen FUEr die SPOe, weil die fuer soziale Sicherheit eintritt, FUEr die FPOe, weil die sie vor jenen Auslaender schuetzen will, von denen sie glauben, dass die ihnen die Arbeitsplaetze wegnehmen. Sie stimmten FUEr Hitler, weil der ihnen Arbeit gab, und FUEr die NSDAP, weil die ihnen versprach, sie von den juedischen Kapitalisten-Ausbeutern zu befreien! So ist die Welt! So waren die Leute!

Respekt! Das ist doch einmal eine erfrischend korrekte Auskunft über den Erfolg Hitlers und der NSDAP: Da sind sich also ein Politiker, seine Partei und jede Menge Wähler im Verlauf von so erdemokratischen – und erkämpften! – Errungenschaften wie etlichen *Wahlkämpfen* über die damaligen Drangsale der deutschen Nation samt Judenfrage einig geworden. In der Tat, so war's! Das darf im Weltbild eines heutigen Demokraten natürlich nichts mit den *nationalen Sorgen* zu tun haben, die in einer demokratischen Umgebung wie der Weimarer Demokratie aufgeworfen und von Hitler beantwortet werden. Da dürfen dann „die Welt“ bzw. „die Leute“ als Sündenböcke herhalten.

Wähler wählen Parteien, die ihnen schaden: Das ist eine *Tatsache*, die erklärungsbedürftig ist. Wozu die Realität leugnen? Die ÖVP hat den Österreichern die Pensionen gekürzt und wurde anschließend von Teilen der Betroffenen wieder gewählt; und wer glaubt, die SPÖ würde nach einem Wahlsieg diese Reformen rückgängig machen, nur weil sie als Oppositionspartei dagegen aufgetreten ist, hat von Demokratie nichts kapiert; so naiv ist übrigens auch kein SPÖ-Wähler. Die SPD wiederum hat durch die „Hartz-IV-Gesetze“ ein „ausgesteuertes“ Subproletariat erzeugt, und wird die Wahl an die CDU/CSU verlieren, der diese SPD-Reformen *zu wenig radikal* sind. Und Hitler hat seine Wähler wie versprochen in den Arbeitsdienst und Krieg geführt. Zur Erinnerung: Wählen funktioniert nur, wenn die Wähler nicht *ihre*, sondern die *Sorgen des Staates* – auch *mit ihnen* in ihrer Eigenschaft als unproduktive Pensionisten und Arbeitslose! –, so wie sie von den staatstragenden Parteien vorgestellt werden, als Leitfaden ihrer politischen Willensbildung betrachten.

Wähler wählt und hat dadurch viel zu melden (7): „Beispiel Italien“

Demokratie besteht nicht nur aus Wahlen, der Gegenstandspunkt wird da wohl zustimmen. Es gibt "Parameter" fuer "wie gut funktioniert die Demokratie": Bildung der Bevoelkerung, freie Presse, freie Redakteure, Schutz der anonymen Quelle, Durchsetzung der Menschenrechte, persoenliche Meinungsfreiheit, usw... Danach sollte man Demokratien beurteilen. Beispiel Italien: Nirgendwo sonst in Westeuropa hat eine Person eine groessere Medienmacht. Trotzdem sind Berlusconi's Tage gezaehlt. Er verliert Macht und Einfluss und Wahlen. Die Demokratie funktioniert! Im Uebrigen:

Ich bin der Meinung, dass Regierungen und Parteien vor allem in den Staaten des Westens kaum noch Einfluss auf den Einzelnen haben. Sie KOENNEN KAUM NOCH HERRSCHAFT AUSUEBEN! Das Gerede von den "Untertanen" ist nichts als sinnloses Geschwaetz, passt vielleicht ins 17.Jhdt., aber nicht auf die moderne Zeit, wenn die Politik nur noch - meist erfolglos - versucht das zu regeln, was sich in der Gesellschaft laengst (z.B. Internet) etabliert hat.

Schon verstanden: Berlusconi *verliert* – vielleicht, vielleicht auch nicht – „Macht und Einfluss“. Das spricht unglaublich für die Demokratie, auch wenn dann halt bloß andere Machthaber diese Besitzstände übernehmen. Dass Berlusconi also auch „Macht und Einfluss und Wahlen“ vorher in und mit und wegen der Demokratie *gewonnen* hat, kann schon deswegen nicht gegen die Demokratie sprechen, weil heutzutage demokratische „Regierungen“ wie die italienische und „Parteien“ wie die von Berlusconi ohnehin „kaum noch“ genau den „Einfluss“ haben – zumindest nicht auf „den Einzelnen“ –, den Berlusconi demnächst verlieren wird, was so enorm für die funktionierende Demokratie spricht ... Ja dann!

Wähler wählt und hat dadurch viel zu melden (8): Versaut Umwelt und Sozialkassen!

Es bedeutet leider, dass die Umwelt kaputtgeht, weil die Menschen bequem sind oder Firmen und Bauern Umweltvorschriften nicht einhalten, und dass die Sozialkosten explodieren, weil sich die Leute ueberfressen und vollsauhen. Regierungen sind heutzutage kaum anderes als "Verwalter" von "oeffentlichen Geld", das zumeist gebunden und laengst ausgegeben ist, bevor eine neue Regierung die Macht uebernimmt. Und so ist es kein Zufall, wenn eine deutsche rot-gruene Regierung und eine oesterreichische schwarz-blau ... aeh, Verzeihung, schwarz-orangene Regierung ueberwiegend die gleichen Gesetze beschliessen (muessen).

Ein Demokratiefanatiker hat seinen Glauben wasserdicht gemacht. Demokratie ist das Gute, und alles weniger Gute liegt dann an der „Welt“, an den „Leuten“, an den „Menschen“ oder an „Firmen und Bauern“. Übrigens: Staatliche demokratische Umweltvorschriften *regeln* die Umweltzerstörung, sie verhindern sie nicht. Die Umwelt geht auch *mit eingehaltenen Umweltvorschriften* kaputt, und nicht nur über den vielen vom demokratischen Staat verständnisvoll tolerierten Verstößen.

Wenn Regierungen in Deutschland und Österreich Gesetze *beschließen*, in denen steht, dass Arbeitslose und Pensionisten deutlich weniger Geld kriegen, dann setzt dieses gesetzgeberische Handeln voraus, dass das „öffentliche Geld“ weder „gebunden“ noch „laengst ausgegeben ist, bevor eine neue Regierung die Macht uebernimmt“. Schon eine lustige Behauptung demokratischer Machthaber, geldmäßig einfach nichts machen zu *können*, weil alles Geld so fest „gebunden“ sei – bloß die Pensionen nicht –, und es deswegen den normalen Leuten wegnehmen zu *müssen*! So einen Geistesblitz darf man im Reich der Meinungsfreiheit selbstverständlich unkritisch nachplappern. Wenn Regierungen in Deutschland und Österreich ziemlich parallel das als zu teuer befundene Volk verarmen, dann also sicher nicht, weil sie auf die Staatsfinanzen keinen nennenswerten Einfluß haben. Beide Regierungen verwalten mit aller Macht einen Kapitalstandort und haben die *Verbilligung der ansässigen Arbeitskraft* als das entscheidende Mittel zum Bestehen der „globalisierten“ Konkurrenz um die Anlage von Kapital auserkoren. Deswegen ist übrigens auch der Sozialstaat zunehmend „unfinanzierbar“; der politische Kampf von oben gegen die sog. „Lohnnebenkosten“, also gegen den sozialstaatlich umverteilten Teil des Lohns, der erzeugt die Sachzwänge des staatlichen „Sparens“ bei der Gesundheit der Leute, und nicht das Fressen und Saufen. Aber auch diese Schuldzuweisungen glaubt ein braver Demokrat seinen gewählten Regenten. Geradezu untertänig, wie da einer seinen Verstand an den Parolen der Machthaber ausrichtet.

In der Demokratie haben „andere“ „das Sagen“. Stimmt. Warum soll man das befürworten?

Ich konnte aus diesen Ausfuehrungen nur ableiten, dass es sich um keine (vielleicht tatsaechlich notwendige) Kritik an demokratischen Einrichtungen handelt, sondern dass die dogmatische Linke unfaeig ist, "Demokratie" zu verstehen bzw. demokratische Entscheidungen und Entscheidungsfindungen zu akzeptieren. Sie kapiert nicht, dass es das "Wesen" der Demokratie ist, dass dort auch andere Gruppen das Sagen haben koennen. Diese Linke moechte am liebsten putschen und der ganzen Welt ihren Willen aufzwingen. Und sie ist insofern schlimmer (und gefaehrlicher) als die religioese Rechte!

Warum soll man denn „demokratische Entscheidungen und Entscheidungsfindungen“ „akzeptieren“ – blanko und unbedingt, also *unabhängig davon, worin sie bestehen*? Weil alles demokratisch Beschlossene – wieder unabhängig davon, worum es geht – heilig und unkritisch ist? Weil man in der Demokratie ohnehin über alles folgenlos nörgeln darf? Warum soll man den von T.H. ausgegebenen Vorschriften für's Kritisieren folgen, wonach man einzelne „Entscheidungen“ oder „Einrichtungen“ vielleicht, aber die verantwortliche Demokratie selber nie und nimmer beanstanden darf? Warum soll man sich zum Demokratie-Idealisten verblöden, der für alles, was ihm an den demokratisch herbeigeführten Zuständen nicht paßt, Sündenböcke sucht und findet?

In der Demokratie haben andere „*das Sagen*“, hat T.H. entdeckt – nebenbei: nicht nur „auch“ und potentiell, sondern ziemlich generell. (Das trifft übrigens auf jede Diktatur ebenso zu.) So einen Zustand, in dem andere diktieren, bezeichnet man normalerweise auch als die Existenz von *Herrschaft*. Warum soll man da pauschal dafür sein? Warum soll man die demokratisch institutionalisierte Fremdbestimmung auch noch feiern? Die naheliegende Konsequenz aus der Entdeckung von Herrschaft und der eigenen unangenehmen Betroffenheit besteht nebenbei nicht darin, deswegen gleich selber an die gerade kritisierte Macht kommen zu wollen. Die Konsequenz besteht zunächst mal in einer Frage: Worum geht es in so einem Laden? Insgesamt und überhaupt? (Antworten in jeder Ausgabe des GegenStandpunkt.)

(Am Rande: Wer das nette Bedürfnis hat, „der ganzen Welt“ den eigenen Willen aufzuzwingen, braucht dafür weder links zu werden noch zu putschen. Es genügt der Entschluss, demokratisch gewählter Präsident zu werden. Der Interessent sollte ev. in den USA geboren worden sein. „Verstehen“ und „akzeptieren“ sind übrigens verschiedene Stellungen zu einer Sache: Man kann etwas ablehnen, gerade *weil* man genau verstanden hat, womit man es zu tun hat.)

Verbrechen Kommunismus: Sind Leichen Argumente?

Ich erinnere einmal mehr daran: Es war die dogmatische Linke, die uns Verbrecherregimes beschert hat, die zu den fuerchterlichsten und brutalsten Diktaturen der Menschheitsgeschichte gehoerten. Wenn so eine dogmatische Linke ueber "Demokratie" herumfaselt, noch dazu so oberflaechlich und banal, dann schrillen bei mir alle Alarmglocken!!!! Darueber sollten wir diskutieren!!!! Ist diese Linke tatsaechlich "demokratisch"? Weiss sie was das ist? Was sie sich darunter vorstellt? Warum ist es so schiefgelaufen? Wieso habt Ihr so eine Abneigung gegen diese Diskussion? Diese Linke hat mit "Demokratie" nichts am Hut! Sie kritisiert nicht die Wahlen in der Ukraine und in Afghanistan, weil ihr die Rechte des Einzelnen so wichtig sind, sondern weil sie gegen absolut alles ist, was aus dem Westen kommt bzw. was der Westen ist, alles dogmatisch ablehnt, was mit Kapitalismus und USA zu tun hat. Das ist der eigentliche Hintergrund, warum der Gegenstandpunkt gegen die Entwicklungen in Afghanistan und Ukraine auftritt und er schert sich einen Dreck um die tatsaechlichen Wuensche der Afghanen und Ukrainer!

Ja die „fuerchterlichsten und brutalsten Diktaturen der Menschheitsgeschichte“! Klar, wer die Demokratie kritisiert, ist ein Verbrecher. Diese Tour, politische Gegner zu Verbrechern zu erklären, galt einmal als Spezialität totalitärer Regimes – und siehe da, auch ein Demokrat ist zu dieser niveaувollen und überhaupt nicht oberflächlichen Leistung fähig. Und dann will er auch noch mit Verbrechern über ihre Verbrechen diskutieren – das ist ja soooo lieb! Die Frage, wann und inwiefern brutale Verhältnisse gleichbedeutend mit unwiderlegbaren *Argumenten* sind, die entscheidet ein Demokratiefanatiker mit einem Faible für die vom Westen definierten „tatsaechlichen Wuensche der Afghanen und Ukrainer“ streng nach dem Verursacher: Die Leichen, die den Weg demokratischer Staaten bei ihrem Kreuzzug für Demokratie pflastern, können also nicht gegen die Demokratie sprechen. Auch nicht die Millionen, die jährlich durch die von den mächtigen Demokratien globalisierte Marktwirtschaft verrecken.

Zu Zeiten des Kolonialismus durfte sich ein engagierter europäischer Untertan die auswärtigen Gemetzel seiner Nationen u.a. im Wege der Rettung der unsterblichen Seele der heidnischen „Einzelnen“ einleuchten lassen, die also nur im eigenen Interesse massakriert wurden. Heute darf sich der mitdenkende Demokrat an den Sprachregelungen der heutigen Machthaber ergötzen und die „Rechte der Einzelnen“ – verbreitet mit Feuer und Schwert, sofern sich keine innere Opposition findet – für eine feine Sache halten.

Die Ex-DDR: Eine konstruktive Kritik an der Demokratie

Die Wirklichkeit ist aber noch schlimmer. Ich glaube, es ist bekannt, dass es auch in der DDR sogenannte "Wahlen" gab! Und genau diese Wahlen waren jene Farce, von der der Gegenstandspunkt redet: Genau dort war die "Demokratie" jenes "Mittel" der Herrschaft! Genau damals MUSSTEN Untertanen Stimmen abgeben, die wirklich nichts und wieder nichts bedeuteten. Und in China oder Nordkorea wird es wohl nicht viel anders sein. Fragt doch den Gegenstandspunkt nach seinem Verhaeltnis zu den "Wahlen" in Kuba, China und der Ex-DDR! Und das allerschlimmste: die dogmatische Linke hat es immer wieder geschafft, sich selbst bzw. ihr System als so "demokratisch" zu verkaufen. Es war nichts als Lug und Betrug. Wie kann man das noch immer nachbeten???? Nehmt es doch endlich zur Kenntnis: "linksdogmatisch" und "demokratisch" vertragen sich einfach nicht, haben nie und werden auch nie und nimma und schon gar nicht jemals "basisdemokratisch" sein!

T.H. möchte gern den Gegenstandspunkt und die Ex-DDR sowie etliche andere Staaten, die die USA derzeit zu ihrem Feind erklärt haben, unter dem Titel „dogmatische Linke“ in einen Topf werfen, um so vergangene und aktuelle Feindbilder der mächtigsten demokratischen Herrschaft zu nutzen, mit der sich ein braver demokratischer Untertan also ohne viel Bedenken gemein macht. Und das, auch ohne die Lage in China oder Nordkorea geprüft zu haben: Dort „wird es wohl nicht viel anders sein“(!) – der Ami-Präsident hat was gegen die dortigen Herrscher und will denen seinen Willen aufzwingen, das genügt. Wie gesagt, irgendwie untertänig, so eine Geisteshaltung.

Zu den Wahlen in der Ex-DDR. Ein sachlicher Vergleich ohne Feindbild und Hetze ergibt folgenden Befund: Auch in der DDR gab es mehr als eine Partei. Die SED hat die Parteien des sogenannten antifaschistischen Blocks unter ihrer Führung zu einer Volksfront zusammengeschlossen. Die politisch-ideologischen und programmatischen Differenzen dieser Blockparteien waren ungefähr so groß wie die Differenzen der Blockparteien im demokratischen Westen, wo sich jede mit jeder problemlos in einer Koalition zusammenschließen kann. In Bezug auf den politischen Pluralismus haben sich die Systeme also nicht groß unterschieden: Die DDR-Parteien waren – Überraschung! – für das drüben damals existierende realsozialistische System, so wie die im Westen für das hier von den USA installierte demokratisch-marktwirtschaftliche eingetreten sind. Wie im Westen waren auch im Osten nur konstruktive politische und gesellschaftliche Kräfte zugelassen, die positiv oder neutral zum System standen, wie etwa die Kirchen. Systemfeindliche Kräfte waren nicht erlaubt, so wie etwa die KPD zuerst vom deutschen Faschismus und nachher von der westdeutschen Demokratie verboten wurde. Der Unterschied liegt woanders. In der DDR galten die Wahlen als relativ fad, weil schon vorher feststand, dass die Blockpartei SED gewinnt. Im Westen bzw. nun in Gesamtdeutschland sind Wahlen hingegen einige Stunden – bis zur abgesicherten Hochrechnung – viel spannender, aber nur für die Kandidaten und alle mit ihnen Fühlenden, weil nicht von vornherein klar ist, ob die demokratische Blockpartei CDU/CSU oder die demokratische Blockpartei SPD gewinnt. Oder ob womöglich eine Koalition ansteht. Die Stimmen der Untertanen hingegen hatten bzw. haben in DDR und BRD eine große und identische Bedeutung: Zustimmung. „Wählen heißt, sich“ (zum System) „bekennen“ – so lautete ein Slogan in der DDR. Ziemlich ehrlich.

Das System in der DDR war, was T.H. beim Gegenstandspunkt so schmerzlich vermißt, nämlich eine *konstruktive Kritik* an der Demokratie. Wie T.H. und wie so ziemlich jede Dumpfbacke seit dem vorvorigen Jahrhundert war auch die SED fälschlicherweise felsenfest vom Nutzen der wahren Volks-Herrschaft für die Beherrschten überzeugt, hat diesen Nutzen auf Seiten der mehrheitlich doch *arbeitenden* Menschheit vermißt und daraus die Konsequenz gezogen. Die SED hat ihren Laden immer damit legitimiert, dass in den westlichen Demokratien gar nicht wirklich das Volk herrsche, dass die Demokratie da „Lug und Betrug“ sei, weil eigentlich die ökonomisch mächtigen „Gruppen, Konzerne“ das Sagen hätten, zum Schaden der werktätigen Massen. Die Politik der Schröder-Regierung nimmt sich übrigens wie das gezielte Bestreben aus, diese SED-Position zu verifizieren. Im Unterschied zu T.H. hat die SED allerdings nicht, und das muß man ihr anrechnen, dazu aufgefordert, diesen „Gruppen, Konzernen“ Briefe zu schreiben, sondern sie hat das große Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, um wahre Demokratie zu ermöglichen.

Herbert Auinger, Gruppe Gegenstandspunkt